

Strukturwandel und „Gute Arbeit“ gehören zusammen

Gastbeitrag von Ludger Bentlage, Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Düren-Jülich, zur Bedeutung des Strukturwandels in und für die Region aus gewerkschaftlicher Perspektive

Es gilt den Strukturwandel im Rheinischen Revier als Chance für die Zukunft zu begreifen. Voraussetzung ist, dass wir die Menschen im Rheinischen Revier weiterhin in die Entscheidungen mit einbinden. Die Grundlage des Handelns bildet der in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ gefundene Kompromiss. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung und die beschleunigte Digitalisierung, auch ausgelöst durch die COVID 19 Pandemie, stellt uns vor neue Herausforderungen. Der Strukturwandel bietet die Möglichkeit „Gute Arbeit“ durchzusetzen, wenn es politisch gewollt ist.

Für uns als DGB im Kreis Düren-Jülich ist „Gute Arbeit“ gekennzeichnet durch eine faire und tariflich abgesicherte Bezahlung, durch betriebliche Mitbestimmung sowie unbefristete und sichere Beschäftigungsverhältnisse. Gesundheitsschutz und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen ebenfalls eine zentrale Rolle. „Gute Arbeit“ bietet Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten sowie soziale Beziehungen unter den Beschäftigten.

Die Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und Mobilitätswende treiben den Strukturwandel voran. Die Kommunen haben hierbei eine besondere Verantwortung. Kommunales Handeln entscheidet mit darüber, ob das gewerkschaftliche Leitbild „Gute Arbeit“ flächendeckend umgesetzt wird und ob faire Löhne gezahlt werden: Einerseits bei den Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben durch ihre Funktion als Arbeitgeberin; andererseits durch die Ausschreibungs- und Vergabepraxis. Jährlich vergibt die öffentliche Hand bundesweit Aufträge in Höhe eines dreistelligen Milliardenbetrages an private Unternehmen. Die öffentliche Auf-

tragsvergabe ist ein einflussreicher Wirtschaftsfaktor.

Es gilt die vorhandenen zukunftsfähigen Betriebe und Arbeitsplätze beim Erhalt und der Weiterentwicklung zu unterstützen. Betriebe, deren Geschäftsmodell auf Leiharbeit, Werkvertrag und Minijobs basiert, gehören nicht dazu.

Die Zukunftsfelder des Strukturwandels können hier nur beispielhaft genannt werden. Sicherlich werden durch den Strukturwandel und die Digitalisierung auch neue Anforderungen an die Beschäftigten gestellt werden. Für diese Menschen, die ihren Arbeitsplatz verlieren, muss ein Konzept der Weiterbildung und Umschulung entwickelt werden, das es ihnen auch unter finanziellen Gesichtspunkten ermöglicht, in einen neuen anderen Beruf oder auf eine andere Arbeitsstelle mit anderen Anforderungen zu wechseln.

Der Konzern RWE, der zusätzliche Millionen Euro für den frühzeitigen Ausstieg aus der Braunkohleförderung erhält, muss verpflichtet werden, dieses Geld auch wieder in die Region zu investieren z. B. durch den Aufbau von regenerativen Energien. Wir brauchen Energie und sind eine Energieregion. Viele Beschäftigte kennen sich mit der Herstellung und der Verteilung von Energie aus und haben somit auch weiter eine Arbeitsplatzperspektive.

Die Forschung an und die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger könnten wegweisend für die Zukunft unserer Region sein. Der DGB will, dass bis spätestens 2050 klimaneutral gewirtschaftet und gelebt wird. Wir sind deshalb in allen Bereichen auf die Bereitstellung von klimaneutraler Energie angewiesen. Wasserstoff kommt dabei in der Industrie, im Verkehr und im Gebäudereich eine stark steigende Bedeutung zu. Die für eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft erforderlichen Technologien sind zudem ein zentrales Kompetenzfeld deutscher Unternehmen. Wasserstoff leistet so nicht nur einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, sondern auch zur Wettbewerbs- und Innovations-



fähigkeit der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig ist eine ausschließlich strombasierte Energieversorgung nicht in allen Bereichen erreichbar oder erstrebenswert. Hinzukommen müssen deshalb aus erneuerbaren Energien gewonnene Gase sowie Treib- und Brennstoffe.

Es gilt eine ökologische Renaturierung der ausgekohlten Tagebaue vorzubereiten und umzusetzen. Das Freizeitangebot wird sich verändern und muss aber auch bezahlbar bleiben. Damit wird sich der Dienstleistungssektor in der Region etwas verlagern. Dies bedarf aber einer genaueren Planung und bietet dann für die Menschen eine gute Arbeitsplatzperspektive, wenn die Kriterien der „Guten Arbeit“, wie beschrieben eingehalten werden.

Zur Verbesserung der Mobilitätsinfrastruktur gehört unter anderem, endlich Jülich und das Forschungszentrum Jülich, durch den Gleisückenanschluss zwischen Linnich und Baal an das Schienennetz Aachen-Düsseldorf anzuschließen. Dies ist auch aus ökologischen Gründen notwendig.

Das Forschungszentrum Jülich hat eine Vielzahl von Einrichtungen, die an den Zukunftstechnologien arbeiten, und ist Impulsgeber für einen gelungenen Strukturwandel, wenn es gelingt die entwickelten Technologien zur Marktreife zu bringen und in Betrieben in der Region anzusiedeln. Dies bietet eine Vielzahl von neuen qualifizierten Arbeitsplätzen. Ein weiteres Beispiel ist die Initiative Zukunftsregion Agrar & Klima und Mobilität.

Weltweit werden nachhaltige Lösungen für die Versorgung der steigenden Weltbevölkerung mit Nahrung und nachwachsenden Rohstoffen gesucht. Gleichzeitig müssen wir für zukünftige Gene-

rationen die Umwelt schützen. Der Ort Alt-Morschenich bleibt erhalten und der Bürgewald muss wieder aufgeforstet werden. Dies bietet die Möglichkeit ein zukunftsweises Projekt anzusiedeln. Bei alledem ist davon auszugehen, dass die Bevölkerung im Kreis Düren mittel- und langfristig zunehmen wird. Deshalb brauchen wir ein Wohnungsbaukonzept, das an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist. Im Kreis Düren fallen ca. 40 % der öffentlich geförderten Wohnungen in den nächsten 10 Jahren aus der Preisbindung. Schon heute wird es für Menschen mit wenig Geld immer schwieriger, eine Wohnung zu finden.

- Die Forderungen des DGB lauten:
- Öffentliche Liegenschaften dürfen nicht nach Höchstgebot, sondern müssen nach dem besten Konzept überlassen werden.
 - Zusätzliche Sozialwohnungen sind durch Neubau und durch Ankauf schon bestehender Wohnungen zu schaffen.
 - In gleicher Größenordnung sind bezahlbare Wohnungen für Haushalte mit mittlerem Einkommen zu schaffen.
 - Wohnungspolitik ist Stadtteilplanung: Planung und Schaffung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Kindergärten, Alten- und Jugendtreffs ist
 - Barrierefreies Wohnen mit wohnortnaher Infrastruktur ermöglichen
 - Bezahlbarer Wohnraum für Azubis und Studierende ist zu schaffen.
 - Bei Genehmigungsverfahren für private Wohnanlagen ist sicherzustellen, dass Wohnanlagen für unterschiedliche Einkommensgruppen bereitgehalten werden.

Wenn wir die Menschen in den Mittelpunkt des Handelns stellen, wird der Strukturwandel gelingen.

Die Spirale der häuslichen Gewalt durchbrechen

Gastbeitrag von Goldrute e.V. Migrantinnen-Netzwerk gegen häusliche Gewalt

Die Frauen des Migrantinnen-Netzwerkes gegen häusliche Gewalt haben sich zum Ziel gesetzt, andere Migrantinnen zu unterstützen und die Spirale der häuslichen Gewalt zu durchbrechen. Sie begleiten die Betroffenen zu Institutionen und Behörden, hören zu, ermutigen und beraten die Frauen und Mädchen. In Erweiterung der Zielgruppe der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen werden auch zunehmend Frauen und Mädchen in anderen familiären Problemlagen in Zusammenarbeit mit Schulen, Kindergärten und medizinischen Einrichtungen durch das Migrantinnen-Netzwerk begleitet. Sie setzen dabei ihre spezifischen Kompetenzen der Mehrsprachigkeit, der Beratungserfahrung und der niedrigschwelligen, aufsuchenden Arbeitsweise für alle ein. Die Gespräche sind vertraulich. Die Beraterinnen stehen unter Schweigepflicht.

Die Frauen aus dem Migrantinnen-Netzwerk stammen aus verschiedenen Herkunftsländern, hier werden 15 Sprachen (Türkisch, Albanisch, Philippinisch, Bobo, Kurdisch, Arabisch, Französisch, Lingala, Englisch, Serbisch, Bosnisch, Kroatisch, Spanisch, Italienisch und Griechisch) gesprochen. Ihre Sprachkompetenzen gerade in den Sprachen, die von vielen Migrantinnen gesprochen werden, ermöglichen ihnen eine direkte Kommunikation.

Ziel des Netzwerkes

Ziel des Angebotes der Beratungsstelle ist es, Frauen und Mädchen, die von Zwangsverheiratung, Genitalbeschneidung, psychischer und körperlicher oder sexualisierter Gewalt bedroht oder betroffen sind, sich in einer Notlage befinden oder einen Informationsbedarf haben, Beratung und Schutz anzubieten. Das Spektrum der Hilfsangebote reicht von einer informellen Beratung, mehrmaligen Beratungssituationen bis hin zur Vermittlung an Frauenhäuser. Das Ziel ist es, die Mädchen und Frauen dabei zu unterstützen, ihre eigenen Ressourcen zu aktivieren, um ihre aktuelle Lebenssituation verändern zu können. Den Aufbau und die Stabilisierung von Frauen und Mädchen hierbei zu unterstützen und für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben handlungsfähig zu machen.

Häusliche Gewalt während der Corona-Krise

„Häusliche Gewalt in der Corona-Krise ist für Frauen und Kinder ein zusätzliches Risiko. Für unsere Beratungsstelle liegt daher die Dringlichkeit darin, Gewaltschutz für Frauen und Mädchen auch in der Corona-Krise sicherzustellen“, so die Vorsitzende des Vereins, Frau Dr. Jadigar Kesdogan. Durch die Anspannung steigt leider auch die Gewaltbereitschaft. Sobald Familien auf engstem Raum tagelang zusammensitzen, kommt es häufiger zu Aggressionen und Gewaltausbrüchen. „Auch in der Corona-Krise muss keine betroffene Frau zu Hause aushalten. Wir finden immer eine Möglichkeit, z. B. vermitteln wir die Betroffenen in ein Frauenhaus oder unterstützen sie bei der gerichtlichen Antragsstellung der einstwei-

ligen Anordnung und des Kontaktverbots des gewalttätigen Partners. Bei jeder Handlung entscheidet die Klientin selber“, sagt Frau Nermin Ermis die Geschäftsführerin von Goldrute e.V.

Um Krisen in der individuellen Lebenslage gemeinsam zu bewältigen, ist das Büro (nach telefonischer Vereinbarung) für Ratsuchende geöffnet und erreichbar unter der unten stehenden Notfallnummer. Damit den Betroffenen geholfen werden kann, ist auch die Aufmerksamkeit von Nachbar*innen, Angehörigen und Freunde*innen gefordert. Daher bittet der Verein um Solidarität im Umfeld mit den Frauen und Mädchen, die Hilfe benötigen.

Kontaktperson: Nermin Ermis
Mobilnummer: 0157 77023082
E-Mail: info@goldrute-ev.de
Homepage: www.goldrute-ev.de



Anzeige



möbel
einrichtung
kunst-
handwerk



inspiriert von
bedürfnissen und phantasie

derWerkstall

thomas jumpertz
alte dorfstasse 160_52428 jülich-broich
tel: 015776463097_www.derWerkstall.de